

ANSTUß

Januar 2024

27. Jahrgang Zeitung der LINKEN in der Region Saalfeld-Rudolstadt



Neben Neonazis und Unternehmern haben auch CDU-Mitglieder über völkische Deportationspläne diskutiert. Diese richten gegen Millionen Menschen und unsere Verfassungswerte. Es wird erneut und unmissverständlich deutlich, dass die AfD ihr völkisches und rassistisches Weltbild bei einer Machtoption durchsetzen will. Mit aller Gewalt und Hand in Hand mit Neonazis, unternehmerischen Finanziers und dem reaktionären Bürgertum. **Es benötigt unser aller Widerstand und einen neuen antifaschistischen Konsens, um Menschen- und Bürgerrechte und die demokratische Gesellschaft zu verteidigen.**

Martina Renner • MdB

Menschen, die Angst vor der Zukunft haben, sind nicht unsere Feinde

Nachtrag zur Diskussion auf der Mitgliederversammlung am 25.11.2023 in Saalfeld

Eingebettet in verschiedene Wahlen, stand eine Diskussion auf der Tagesordnung, die abrupt endete und später wieder aufgenommen werden sollte. So lange konnte ich aus privaten Gründen nicht bleiben. Mein Diskussionsbeitrag, gleich ziemlich am Anfang, bezog sich auf etwas, was ich im Wartezimmer eines Arztes anhörte. Eine mir unbekannt Frau redete viel und lange, über dieses und jenes und kam auf folgendes zu sprechen: „Ich hätte ja nicht gedacht, dass ich das mal sagen würde, aber die Ausländer... es sind einfach zu viele. Und sie bringen die Gewalt mit nach Deutschland.“ Ohne mich mit dem Gehörten zu identifizieren, teilte ich meine Besorgnis mit, denn diese Frau hatte ja offensichtlich nicht immer so gedacht und ich weiß, dass viele so denken. Im Verlaufe der weiteren Debatte kamen mehrere Anwesende auf meinen Beitrag zu sprechen und ich musste harsche Kritik einstecken: Ich hätte klare Kante gegen rechts zeigen müssen. Ich hätte diesem Alltagsrassismus widersprechen müssen. Und so weiter. Ich kam mir vor, als ob ich persönlich Schuld trüge am Zustand unseres Landes. Ich hätte gern geantwortet, aber die Liste der Wortmeldungen war lang, viele wollten etwas sagen. Dann war die Zeit um, es folgten Wahlen und die Mittagspause, danach ging es mit Wahlkreisversammlungen weiter, so dass ich nicht noch einmal zu Wort kam. Deshalb möchte ich auf diesem Wege einiges richtig stellen und ergänzen.

Die Rede der Frau im Wartezimmer ging weiter. Sie sagte: „Dass sich Juden bei

uns nicht trauen, ihr Käppi zu tragen, hätte es früher nicht gegeben.“ Wie hätte ich ihr widersprechen sollen? Offensichtlich hatte sie genau wie ich im Fernsehen gesehen und gehört, wie jüdische Mitbürger in Berlin geäußert hatten, dass sie Angst um ihre Kinder auf dem Weg in die Schule haben. Vorausgegangen waren heftige Proteste, die sich gegen die massiven israelischen Angriffe auf den Gaza-Streifen gerichtet hatten. Dabei war es zu Gewalt gekommen, die sich gegen Vertreter des Staates und wahllos gegen jüdische Menschen gerichtet hatte. Nein, diese Frau hatte nichts von an der Grenze mit Gewalt zurückschicken gesagt oder von im Mittelmeer ertrinken lassen. Sie war einfach nur besorgt, weil mit Tausenden muslimischer Flüchtlinge auch deren Konflikt mit Israel nach Deutschland gekommen waren.

Ich verurteile Gewalt. Jede. Ich verurteile die Angriffe auf jüdische Mitmenschen in Deutschland genau wie den Terror der Hamas, aber auch die durch israelisches Militär ausgeübte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen. Es macht mich fassungslos, was dort die Hardliner beider Seiten den Zivilisten der jeweils anderen Seite antun. Und es macht mich sprachlos, ja wütend, wie schnell und rigoros einige von uns mit dem Vorwurf des Rassismus bei der Hand sind.

Ganz viele Menschen in unserem Land sind verunsichert, gestresst, frustriert und immer öfter wütend. Wir haben es nicht mit einer, sondern mit vielen Krisen gleichzei-

tig zu tun und die Menschen werden damit allein gelassen. Unter dem Vorwand des russischen Angriffs auf die Ukraine zocken Energiekonzerne die Menschen bei Strom, Öl, Gas und Fernwärme ab. Die Regierung sanktioniert das. Anders kann man die „Preisbremse“ kaum nennen, die erst beim Mehrfachen des Niveaus vor dem Krieg greift und dann auch nur für 80 % des Vorjahresverbrauchs. Und selbst diese mickrige Hilfe wird nun gestrichen. Die Inflation frisst die Einkommen der Menschen schneller als diese steigen. Mit Verweis auf die gestiegenen Kosten langt jeder zu, der etwas herstellt oder mit etwas handelt, von dem die Menschen abhängig sind. Vor allem Energie und Lebensmittel. Die Regierung schaut tatenlos zu und verhöhnt die Menschen mit geschönten Inflationsberechnungen, die Dinge einberechnet, welche sich arme Leute längst nicht mehr leisten können, wie Unterhaltungselektronik oder Pauschalreisen.

Der Klimawandel, größte Bedrohung des ganzen Planeten, und dessen Bekämpfung wird zum Paradebeispiel für die Doppelzüngigkeit der Regierenden. Bei Waffen, deren Herstellung, Lieferung und Anwendung, spielt die Öko-Bilanz offensichtlich keine Rolle. Ganz anders, wenn es um die Wohngebäude und deren Sanierung geht. Hausbesitzer sehen sich mit Anordnungen und Auflagen konfrontiert, die sie finanziell völlig überfordern. So mancher Besitzer eines alten Hauses auf dem Dorf fühlt sich regelrecht enteignet, denn die Sanierungskosten übersteigen den Wert des Hauses. Versprochene Fördermittel – ich würde mich nicht wundern, wenn sie dem riesigen Haushaltsloch zum Opfer fallen, welches sich nach dem Urteil des Verfassungsgerichts aufgetan hat. Für die gigantischen Subventionen für Großkonzerne werden sich sicher die Milliarden finden. Die kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und die vielen Besitzer selbstgenutzter Wohnhäuser werden wohl in die Röhre schauen.

Angesichts dieser vielfältigen Krisen und Probleme wundert es nicht, wenn sich die Menschen fragen, wer in die-

sem Land Geld bekommt, wie viel und wie lange – und wer nicht. Asylbewerber dürfen nicht arbeiten. Jahrelang erhalten sie Unterstützung. Das ärgert viele und nicht wenige sind der Ansicht, dass, wer jahrelang nicht arbeiten darf, danach auch nicht mehr will. Von den arbeitsfähigen syrischen Kriegsflüchtlingen, die in den Jahren 2015/16 zu uns kamen, arbeiten nur 50 % – nach sieben oder acht Jahren.

Dazu kommen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Sie erhalten eine Wohnung und Möbel und vom ersten Tag an Bürgergeld. Deutsche, die Bürgergeld erhalten wollen, müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen. Das Amt prüft zehn Jahre rückwirkend, ob man seine Bedürftigkeit auch ja nicht „mutwillig“ herbeigeführt hat. All das gilt nicht für ukrainische Bürger. Wer das ungerecht findet, ist der ausländerfeindlich? In den Niederlanden arbeiten 70 % der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, bei uns sind es weniger als 20 %. Es bilde sich dazu jeder seine eigene Meinung.

Wer in unserem Land die kritik- und bedingungslose Unterstützung der Ukraine mit immer mehr Waffen nicht in Ordnung findet, wer meint, dass dieser Krieg so schnell wie möglich enden muss, wird als „Putinverstehler“ diffamiert. Jeder, der in Zweifel zieht, ob die Rückeroberung von Russland besetzter Gebiete Tausende Menschenleben wert ist, muss sich vorhalten lassen, dass er offensichtlich will, dass Putin bekommt, was er will, dass die Ukraine die Demokratie verteidigt und damit die westlichen Werte. Wiegt das schwerer, als das Leben? Auch dazu vermischen viele eine klare Antwort der LINKEN, auch ich.

Mein Fazit: Menschen, die Angst vor der Zukunft haben, die sich von der Regierung verraten fühlen, sind nicht unsere Feinde.

Wir sollten die Ursachen bekämpfen, die dazu führen, dass Menschen glauben, AfD wählen zu müssen – nicht die Menschen.

Mit Vorwürfen und Beleidigungen werden wir niemanden gewinnen, aber viele verlieren.

Christine Präblier

Nein zu Kriegen – Rüstungs- wahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

„Es wird höchste Zeit: Die Regierung muss umsteuern! Wir fordern die Bundesregierung auf, keine weiteren Waffen in die Ukraine zu schicken. **Schluss mit der Eskalation!**“

Beschlossen auf dem Augsburger
Parteitag der LINKEN
im November 2023

Die Linke

Neues aus dem Kreisvorstand

In der voraussichtlich letzten Sitzung der laufenden Amtszeit des Kreisvorstandes am 8. Januar hat dieser sich insbesondere mit der Vorbereitung der für den 20. Januar angesetzten Wahlgesamtmittgliederversammlung (GMV) befasst. Dadurch war besondere Schnelligkeit und Einsatzbereitschaft bei der Vorbereitung der Einladungen notwendig, damit diese noch fristgerecht am nächsten Tag versandt werden konnten.

Im Übrigen wurde nach einer offenen Diskussion, auch unter reger Beteiligung der anwesenden Gäste, einstimmig beschlossen, dass der Kreisvorstand der GMV einen Kreisvorstand, bestehend aus zehn Mitgliedern, vorschlagen wird.

Des Weiteren wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, dass der Kreisvorstand der GMV einen Antrag von mir vorlegen wird. Gegenstand dieses Antrags ist, die Landesregierung aufzufordern, im Bundesrat die Einleitung des Verbotverfahrens gegen die AfD und eines Art.-18-GG-Verfahrens gegen B. Höcke (welches die

Landesregierung selbständig beim Bundesverfassungsgericht beantragen könnte). Dazu wird es zur GMV weitere Informationen geben. Wird der Antrag beschlossen, reicht ihn unser Kreis bei der nächsten Tagung des 9. Landesparteitages ein.

Paul Kurtzke

Art. 18 GG

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Der Kreishaushalt 2024 ist beschlossen

Laut OTZ-Bericht über die Haushaltsdebatte „lobte auch Hubert Krawczyk (Linke) das ‚vorbildliche Verfahren und die konstruktiven Vorschläge‘ im Zuge der Haushaltsaufstellung. Angesichts eines im Haushaltsvorbericht erwähnten Anstiegs suchtblasteter, psychisch kranker und zieherisch eingeschränkter Eltern und eines damit verbundenen Anstiegs der Sozialausgaben stellte der Rudolstädter fest: ‚Die Kommunen müssen den Rücken dafür herhalten, was in der großen Politik schief läuft.‘“

Ich hatte in meinem kurzen Beitrag gleich zu Beginn die Beteiligung des Kreistages bei der Haushaltsaufstellung als beispielgebend bezeichnet. Der erste Entwurf wurde auch diesmal wieder Monate vorher und noch mit einem großen Haushaltsloch versehen den Kreistagsmitgliedern bekanntgemacht. Der nunmehr beschlossene und in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene Haushalt ist mit einem ausführlichen Vorbericht versehen und im Bürger-/Ratsinfosystem des Landkreises oder unter <http://tinyurl.com/y9kyyqt> veröffentlicht.

Zwei Seiten des Vorberichts sind mit mehr oder weniger zutreffenden kritischen Bemerkungen aus dem Landratsamt den Finanzbeziehungen zwischen dem Land Thüringen und den Kommunen gewidmet. Die Grundthese: Die Kommunen sind unterfinanziert. Sie ist nicht falsch, das Ausmaß relativiert sich aber im Vergleich mit der Lage von Kommunen in anderen Bundesländern. Dazu zitierte ich in der Kreistagsitzung aus der Zeitung „Die Welt“ vom 17.10.23 folgendes: „Die Thüringer Kommunen sind die einzigen, die im ersten Halbjahr

mehr Geld eingenommen als ausgegeben haben und unter den Flächenländern hat sich gegenüber dem Vorjahr die Situation außer für Thüringen nur für Brandenburg und das Saarland verbessert“. Das Statistische Bundesamt weist in der Tat aus, dass im genannten Zeitraum im Saldo von Einnahmen und Ausgaben der Haushalte der Kommunen von allen Flächenländern nur Thüringen im Plus war. Wer hätte das gedacht?

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

Der Streit um des Kaisers Bart

Kreistag diskutiert über Sinn und Zweck von Bezahlkarten statt Bargeld für Asylsuchende

Wie erwartet gestaltete sich die Diskussion um den Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung einer Bezahlkarte statt Bargelds für Asylsuchende als Streit um des Kaisers Bart. Denn das Thema geht im Sinne des Kommunalrechts den Kreistag überhaupt nichts an. Der mit Enthaltung unserer Fraktion beschlossene Auftrag an den Landrat, ein Konzept zur Einführung der Bezahlkarte vorzulegen, hätte in dieser Form gar nicht auf der Tagesordnung erscheinen dürfen. Der Vollzug des Asylbewerber-Leistungsgesetzes ist eindeutig eine Angelegenheit, die vom Gesetzgeber dem Landrat, nicht dem Kreistag zur Erledigung übertragen worden ist. Landrat Marko Wolfram, der es bisher noch immer geschafft hatte, mit Hilfe des Kreistages rechtswidrige Anträge von der Tagesordnung zu stimmen, tat dies diesmal nicht – mir gegenüber verwies er kurz vor der Sitzung auf den politischen Stellenwert des Themas.

Überflüssiger Antrag

So kam es also zur Behandlung eines Antrags, der zudem auch noch überflüssig war. Denn es hatte sich ja schon die Ministerpräsidentenkonferenz, darunter Bodo Ramelow, für eine bundesweit einheitliche Bezahlkarte ausgesprochen. Selbstverständlich darf diese nicht diskriminierend sein. Der hiesigen CDU-Fraktion geht das aber offensichtlich alles nicht schnell genug. Weil Weihnachten vor der Tür stand, glaubte sie offensichtlich, dem migrations-skeptischen Teil des Wahlvolks schnell noch ein Geschenk ins politische Schau-fenster stellen zu müssen.

Als Kreistagsmitglied und auch seitdem ich als Nachrücker erneut im Stadtrat Rudolstadt sitze, fällt mir zudem auf, dass es Antragstellern im Bestreben, ihren politischen Willen durchsetzen zu wollen, auf die Stichhaltigkeit von Begründungen nicht immer ankommt – so auch beim Bezahlkartenantrag. Die Be-

geisterung für die Initiative der Greizer Landrätin Martina Schweinsburg fußte wohl auch auf der auch vom mdr gemeldeten angeblichen Einsparung von Polizeieinsätzen zum monatlichen Schutz siebenstelliger Bargeldmengen. Also legte ich dem Kreistag dar, dass nach meiner überschlägigen Rechnung für 750 Asylbewerber und ca. 400 € Leistung nur ca. 300 T€ zusammenkommen. Der Witz dabei ist: 100 € müssen monatlich sowieso in bar abgeholt werden. Das zum Thema Einsparung. Der Eichsfelder Landrat Werner Hennig war da ehrlicher – er erwartet in seinem Landratsamt gar keine Einsparungen. Er sagte dem mdr, man wolle vielmehr dem zunehmenden Unmut in der Bevölkerung über die empfundene inakzeptable Gleichstellung von bezahlter Arbeit und Leistungen zum Lebensunterhalt entgegenwirken. Wo bleibt da die Logik? An der Höhe der Leistungen ändert doch eine Bezahlkarte nichts.

Die große Keule

der CDU-Fraktion in der Antragsbegründung kommt aber noch: Mit der Bezahlkarte solle der möglichen Zweckentfremdung von Sozialleistungen durch Geflüchtete vorgebeugt werden. Gemeint sind hier nicht etwa die Millionen Euro, die von Steuerflüchtlingen aus Deutschland ständig in Finanz-oasen verschoben werden, sondern die vermuteten Millio-

nen (im Antrag hieß das „mögliche Zweckentfremdung“), die Geflüchtete zur Finanzierung des Nachzuges ihrer Familie/Freunde/Bekanntesten nach Deutschland angeblich umfangreich in ihre Herkunftsländer überweisen. Ich habe im Kreistag schon bessere Real-satire erlebt. Der Bürgermeister Saalfelds meinte das allerdings im Ernst, anders kann ich mir seinen Zwischenruf während meines Diskussionsbeitrags nicht erklären.

Unsere Fraktion ist selbstverständlich nicht gegen eine Bezahlkarte für Geflüchtete. Bezahlkarten sind im Zahlungsverkehr Standard. Mit dem Thema segeln derzeit Akteure aus verschiedenen politischen Richtungen jedoch unter falscher Flagge. Damit will man scheinbar Debatten zu wichtigeren Aspekten in der Migrationspolitik umgehen. Einen davon riss vor Jahren der damalige CSU-Entwicklungsminister Gerhard Müller an, dem das C im Parteinamen wohl etwas galt: „Wir können keine Zäune um Deutschland und Europa bauen... Wir haben unseren Wohlstand auf dem Rücken der Entwicklungsländer aufgebaut. Das wird nicht mehr lange gut gehen. Diese Spannungen entladen sich. Dann ist egal, was wir hier festlegen. Die Menschen werden uns nicht fragen, ob sie kommen können.“

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

„Wir können keine Zäune um Deutschland und Europa bauen. Wir haben unseren Wohlstand auf dem Rücken der Entwicklungsländer aufgebaut. Das wird nicht mehr lange gut gehen. Diese Spannungen entladen sich. Dann ist egal, was wir hier festlegen. Die Menschen werden uns nicht fragen, ob sie kommen können.“

Gerhard Müller
CSU-Entwicklungsminister 2016



Energiewende und kommunale Belastungen

Debattenbeitrag zu aktuellen Fragen der Lasten für kommunale Akteure und Verbraucher:innen

Die für Klimaschutz und Klimaanpassung nötigen Transformationen des Energiesektors sind in ihren Ausmaßen vergleichbar mit dem Wiederaufbau der Infrastruktur nach dem Krieg. Deshalb müssen wir den gesamten Prozess mehr als Neuanfang verstehen. Das erfordert Planung statt bloßer Anreize. Die Schuldenbremse darf für den Umbau zur Klimaneutralität nicht gelten, der Prozess muss kreditfinanziert werden. Der volkswirtschaftliche Mehrwert rechtfertigt das, denn denkbare Alternativen (Status Quo oder Atomkraft) belasten die Volkswirtschaft langfristig stärker. Ich bin überzeugt, die heutige Regulierung muss geändert werden, sonst scheitert die Energiewende. Auch bei der kommunalen Wärmeplanung muss jeder Schritt mit den Anbietern von Gas, Fernwärme und den Stromnetzbetreibern abgestimmt sein, um beispielsweise Straßen nur einmal aufzureißen. Beim Ausbau der Infrastruktur muss der öffentliche Sanierungsfahrplan der Zukunft bereits berücksichtigt sein, um Fehl- und Doppelinvestitionen zu vermeiden.

Die Kosten für den Verteilnetzausbau sind nur ein Teil der Transformationskosten. Rechnen wir die kommunale Wärmewende ein, Klimaanpassungsmaßnahmen für Kommunen wie Hochwasserschutz und Meliorationsmaßnahmen, Biotopschutz, Aufforstung, Sanierung öffentlicher Gebäude usw., wird klar, dass diese Kosten nicht allein die Kommunen tragen können. Die Transformation sollte als Pflichtaufgabe nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen. Der Bund muss für bessere Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Ich schlage vor, die Gewerbesteuer zugunsten der Kommunen zu reformieren, um höhere

Einnahmen durch mehr Steuern auf Gewinne, die nicht in Deutschland reinvestiert werden, zu erhalten. Um Netzbetreiber zu unterstützen, schlage ich vor, dass zugunsten von Investitionen ins Netz von kommunaler Seite auf Konzessionsabgaben verzichtet wird. Dieses Geld muss dann aber zusätzlich und zwingend für Modernisierung bzw. Anpassung des Netzes verwendet werden.

Um die Verbraucherinnen und Verbraucher zukünftig vor Preiseskapaden bei der Energieversorgung zu schützen schlägt DIE LINKE vor, dass Deutschland selbst mit einem Energieunternehmen am Energiemarkt agiert, wie es in anderen Ländern der EU längst üblich ist. Wir haben gesehen, dass in Ländern, in denen staatliche Energieunternehmen als Akteur an den Energiemärkten teilnehmen, die Preissprünge wesentlich geringer waren. Ganz im Sinne der Daseinsvorsorge kann ein öffentlich-rechtliches Unternehmen auch Energiekontingente für Grundversorger zur Verfügung stellen, wenn diese aufgrund von Insolvenzen bei Energieanbietern plötzlich größere Energiemengen bereitstellen müssen, als sie langfristig geplant haben. Wer per Gesetz zur Grundversorgung verpflichtet ist, muss auch entsprechend durch die öffentliche Hand abgesichert werden. Insbesondere müssen die Kundinnen und Kunden von Grundversorgern dadurch vor Preissteigerungen geschützt werden, die ihr Energieanbieter selbst gar nicht zu verantworten hat. Windfall-Profits, die auf Krisenwirkungen beruhen, gehören generell abgeschöpft.

**Ralph Lenkert • MdB
Energiepolitischer Sprecher
DIE LINKE im Bundestag**

Tafelsilber verscherbelt?

Zum Verkauf der Minderheitenanteile der Stadt Rudolstadt an der Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH

Für mich ist es nichts Aufregendes, dass die Stadt ihren Minderheitenanteil an der Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH (APC) abgestoßen hat, zumal ja die Geschäftsbesorgung im Heim über den privaten Mehrheitsgesellschafter erfolgt. Somit ging es in diesem Fall weniger um das Verscherbeln städtischen Tafelsilbers, sondern mehr um ein Geschäft. Der Stadtrat hatte zwischen feststehendem einmaligem Erlös und risikobehafteter Aussicht auf künftige Gewinnanteile abzuwägen. Und die Übernahme der Wohnungen in der Orangerie durch die RUWO ist ja eine gute Lösung.

Im Kommentar über den Verkauf schrieb die OTZ, dass dies „gewiss auch mit dem strengen Blick der Rechnungsprüfer in der Ludwigsburg“ zu tun hätte. Was ist da dran?

Es gibt einen für die Öffentlichkeit geheimen Prüfbericht 2019 des Landesrechnungshofes aus 2019 über Beteiligungen von Kommunen an Unternehmen des privaten Rechts. Der Bericht enthält keinerlei personenbezogene Daten, es werden nicht einmal die geprüften Kommunen genannt. So bleibt der Grund für die Geheimhaltung Geheim-

nis des Landesrechnungshofes selbst. Ich vermute: Der dargestellte Umfang von Verstößen gegen die Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) war der Öffentlichkeit wohl doch nicht zumutbar.

In einem Anhang des Berichts, der nur an die Stadt Rudolstadt ging, wird behauptet, dass der Unternehmensgegenstand der APC nicht zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Stadt gehöre. Nach §87 Abs.1 ThürKO sei die Unterhaltung von Altenheimen, Krankenhäusern und Pflegeheimen überörtliche Aufgabe des Landkreises. Das steht dort aber gar nicht drin. Dagegen wird in § 2 Abs. 2 unter den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Städte und Gemeinden ausdrücklich die gesundheitliche und soziale Betreuung genannt! Wie gut kennt der Rechnungshof die Kommunalordnung?

Übrigens hatte unsere Fraktion in nichtöffentlicher Sitzung aufgrund der auf dem Prüfbericht fußenden Antragsbegründung des Bürgermeisters dem Verkauf nicht zugestimmt.

**Hubert Krawczyk
Stadtratsmitglied
Rudolstadt**



Foto: Tom

Bericht vom Saalfelder Stadtrat

Am 13.12.2023 traf sich der Stadtrat zur letzten Sitzung des Jahres 2023 und damit auch zur letzten Jahresabschluss-sitzung in der gegenwärtigen Besetzung. So schnell gehen 5 Jahre vorüber! Bis zum Start der neuen Wahlperiode bleiben nur noch wenige Sitzungen.

Aber auch gerade deswegen wurde wieder einmal intensiv und sorgfältig beraten.

Zwei der wichtigsten Beschlüsse waren die Feststellung der geprüften Jahresrechnung der Stadt Saalfeld 2022 und die damit einhergehende Entlastung des Bürgermeisters und der 1. Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2022.

Es wurde wieder einmal gezeigt, dass trotz schwieriger finanzieller Hürden eine gute und ausgeglichene Haushaltslage erwirtschaftet worden ist und Saalfeld vor einer finanziellen Schiefelage wieder einmal bewahrt werden konnte.

So stand der Entlastung nichts mehr im Wege.

Und dadurch konnte auch die Auszahlung des Jahreszuschusses für den Kulturbetrieb „Meininger Hof“ wieder einstimmig gewährt werden. Somit ist die weitere, und im nächsten Jahr der vielen Jahrestage und geplanten Fest-

woche besonders wichtige und schöne kulturelle Gestaltung unseres Stadtlebens gesichert.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Durchführung der Grünflächenpflege im Stadtgebiet Saalfeld und den Ortsteilen. Hier musste über eine durch die hohe und intensive Kostensteigerung in allen Bereichen auf über 422.000 Euro gestiegene Summe abgestimmt werden. Die Vergabe erfolgt somit an die günstigsten an der Ausschreibung beteiligten Firmen, im Stadtgebiet Saalfeld wird es die Firma Köhler sein.

Bei diesen Kosten würden wir uns wünschen, dass die Einwohner wieder mehr selbst an der Verschönerung vor ihrer Haustür mitwirken. Aber die Stadt tut, was möglich ist, um weiterhin für unsere Gäste einen gepflegten Eindruck zu bieten.

Auch bezüglich des neuen Wohnmobilstellplatzes Bohnstraße (Gelände vom ehemaligen Schlachthof) gibt es gute Nachrichten. Der Bau wird wetterabhängig schnellstmöglich starten und schon 2024 wird somit ein weiterer Anziehungspunkt für Touristen zur Verfügung stehen. Und auch das Blankenburger Tor

als Museum und interessanter Anlaufpunkt für Gäste soll 2024 fertig werden.

So wird Saalfeld hoffentlich weiterhin eine für Touristen und Einwohner attraktive lebendige Stadt bleiben.

Ein weiterer interessanter Beschluss ist das Verfahren zum Saalfelder Beteiligungsbudget. Das Saalfelder Beteiligungsbudget ist ein kommunaler Beitrag zu Klimaschutz, Klimaneutralität und Klimaanpassung, der das lokale Wissen der Bürgerinnen und Bürger nutzt. Die Bürger können selbst Vorschläge zum Einsatz der finanziellen Mittel unterbreiten und somit mitgestalten. Ein Angebot zum Mitdenken und Mitmachen mit viel Potential zu mehr Verständnis für das Thema Klimaschutz.

Das Fazit unserer letzten Sitzung des Jahres 2023 war, dass es trotz finanzieller Balanceakte, die unsere Stadtverwaltung mit viel Geduld und Wissen meistern musste, ein erfolgreiches und gutes Jahr für Saalfeld war.

Rückendeckung hier gab das Land mit der stetig erhöhten finanziellen Unterstützung für Kommunen. Der Wähler kann 2024 selbst bestimmen, ob dieser Kurs fortgeführt wird. Der Landeshaushalt für

2024 ist beschlossen und darin musste schon die schwere Hypothek mit der Senkung der Grunderwerbssteuer eingearbeitet werden. Wir erinnern uns: Im Thüringer Landtag wurde auf Antrag der CDU und mit den Stimmen von FDP und AfD die Senkung der Grunderwerbssteuer von 6,5 % auf 5 % beschlossen. Die Gemeinden und Städte werden zu 37 % an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt. Das bedeutet einen konkreten Verlust für die gesamte Thüringer kommunale Familie in Höhe von 17 Millionen Euro jährlich. Dieser Betrag kommt aber nicht ausschließlich den Familien zugute, da von der Absenkung der Grunderwerbssteuer auch Firmen profitieren. Da hat manch Stadtratsmitglied im Landtag ein Eigentor gegen seine Stadt geschossen.

Nun freuen wir uns auf das Jubiläumsjahr 2024 mit 1125 Jahren Saalfeld und vielen kleinen Jubiläen darum herum, gewürdigt in einer Festdekade vom 31.05. bis 09.06.2024 und mit vielen weiteren schönen über das Jahr verteilten Veranstaltungen.

Anja Rosenbusch



Saalfelder Beteiligungsbudget

Was ist gemeint?

Es handelt sich hierbei um eine Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Gestaltung des Haushaltes über die gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten hinaus, durch Bereitstellung eines gesonderten Budgets. Es besteht die Möglichkeit zur Einreichung von Vorschlägen und direkter Abstimmung über die Vorschläge der Saalfelder Bürger. Die Höhe des Budgets beträgt jährlich maximal 50.000 €, welches mit Mitteln aus den Zuweisungen als Sonderlastenausgleich für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung gemäß § 22f ThürFAG finanziert wird.

So ähnlich steht es in der Beschlussvorlage. Kurz zusammengefasst. Die Saalfelder können Vorschläge einreichen, über diese abstimmen, wobei die Abstimmung von der Stadt verbindlich umzusetzen ist. Dafür stehen jährlich 50.000 € in einer Art Bürgerhaushalt zur Verfügung. Das Geld kommt vom Land und wird als Klimaschutzmaßnahme eingesetzt. Die Vorschläge müssen einer Positivliste entsprechen, da das Geld ja für Klimaschutz eingesetzt werden soll. Die Positivliste umfasst drei Rubriken, wie Sofort-Maßnahmen zur Energieeinsparung,

Klimaschutz, Minderung von Treibhausgasemissionen und Energieeinsparung sowie Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels. Da die Themen sehr weit gestreut sind, sollte die Zulassung von Vorschlägen zur Entscheidung keine Hürde sein. Die Abstimmung erfolgt in einer Veranstaltung oder online. Der Stadtrat selbst wird nur über den Verlauf des Verfahrens informiert, ohne selbst zu entscheiden.

Jetzt kann man sich fragen, wozu dieses Verfahren und ist es effizient, jährlich die 50.000 € so einzusetzen? Wir leben in Zeiten einer großen Aufgeregtheit und Ignoranz beim Thema Klimaschutz. Es bestehen Befürchtungen, den eigenen Wohlstand und Lebensstil, aufgrund von Verzicht und Verboten, einschränken bzw. verändern zu müssen. Durch unmögliches Agieren der Bundesregierung, Beispiel Gebäudeenergiegesetz, wird die Akzeptanz, sich den klimatischen Herausforderungen zu stellen, reduziert. Besonders rechte Kräfte, die meinen, man könne so weiterleben wie bisher, den Wandel der Umwelt negieren und einfache Antworten versprechen, sind bei den Umfragewerten derzeit auf dem Vormarsch.

Dabei verzichten wir doch schon, da die Umwelt nicht ausreichend geschützt wird. Wo sind unsere grünen Wälder, Gärten ohne Dürre, Schnee im Winter und Flüsse die in ihrem Bett bleiben? Wo bleiben erträgliche Temperaturen im Hochsommer? Ist es Verzicht, wenn ich in einem Reihnhaus den Nachbarn besuche ohne das Auto zu benutzen? Zugegeben, die Frage war polemisch und ich schweife ab, also zurück zum Thema.

diskutiert diese mit anderen Menschen und begeistert weitere für die Ideen, könnte es in der Tat ein Erfolgsbaustein auf dem mühsamen Weg zur unabdingbaren Veränderung werden. Die Stadtbevölkerung kann selbst den Nachweis erbringen, welche Qualität und Innovationskraft sie hat und ob sie gelebte Demokratie gern annimmt. Sie gibt sozusagen eine eigene Visitenkarte ab.

Es lohnt sich, die Informationen zum Saalfelder Betei-



Stadtwappen Saalfeld am Rathaus
Foto: A.Pätzold

Das Beteiligungsbudget ist ein Versuch, mehr Verständnis für Klimaschutz durch Befassung zu generieren und sich dem Thema anzunähern. Ob es ein Erfolg wird, liegt an den Saalfeldern. Bringen sich nur sehr wenige ein, wird es ein Strohfeuer. Überlegt man sich aber gemeinsam Vorschläge,

lignungsbudget wohlwollend aufzunehmen oder die Homepage der Stadt Saalfeld zu besuchen und sich bei diesem Thema einzubringen. Die Saalfelder LINKE-Fraktion unterstützt dieses Vorhaben ebenso wie der Saalfelder Stadtrat.

Sven Kurzhauer

ANSTOß

Impressum

V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt • Saalstraße 38 • 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! **Redaktionsschluss: 12.01.2024** • Die nächste Ausgabe erscheint im Februar. • Zuarbeiten, Beiträge und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwährend zu kürzen.



Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Erfahrungen mit dem Petitionsausschuss

Oder: Wie ich Opfer staatlicher Willkür wurde und mir der Petitionsausschuss nicht helfen konnte

Diese Einladung erreichte mich am 11.11. über Whatsapp:

Anja Müller, Vorsitzende des Petitionsausschuss

Direkte Demokratie in Thüringen

Wie geht das?

Mittwoch 15.11. 18.00 Uhr Uhlstädt Gemeindegemeinschaft

Der Ausgangspunkt: Ich wohne mit meinem Mann in einem Haus, das nur wenige Meter hinter einer fast fünf Meter hohen Lärmschutzwand steht, die im Zuge des Neubaus der B88 in Zeusch errichtet wurde. Die durch Planfeststellungsbeschluss (Gericht!) festgelegte Planung sah für den Abschnitt, der den bewohnten Häusern am nächsten kommt (weniger als drei Meter an der engsten Stelle), für die obersten 1,50 m eine Verglasung vor. Als direkt betroffene Anwohner erhielten die Eigentümer der Grundstücke ein Mitspracherecht. Wir (mein Mann und der Bewohner des Hinterhauses als gemeinsame Eigentümer des Flurstückes) wollten Glas, die Nachbarin, welche dort eine Veranda (kein Wohnraum) hat, wünschte sich Ornamentglas, die übernächsten Nachbarn wollten Beton. Vom Thüringer Landesamt Bau und Verkehr (TLBV) wurde mitgeteilt, dass Einheitlichkeit erwünscht sei. Weiterhin sei die Ausschreibung bereits erfolgt und nur noch die Wahl zwischen klarem Glas und Beton möglich. Ornamentglas sei nicht möglich. Das war im September 2019. Weitere Kommunikation zu diesem Thema gab es nicht.

Im Herbst 2021, also zwei Jahre später, wurde in dem ge-

samten Abschnitt satiniertes (also optisch graues, undurchsichtiges) Glas eingebaut. Ohne jegliche vorherige Information oder Nachfrage.

Wir waren entsetzt. Von Herbst bis Frühjahr erreicht nun kein Sonnenstrahl mehr den bis dahin schönsten und größten Wohnraum im Erdgeschoss. Kein Blick mehr auf die Landschaft. Alle anderen Abschnitte der Lärmschutzwand, die in der Planung mit einem Glasoberteil versehen waren, haben auch eines erhalten – und zwar „richtiges“ Glas, durch das man hindurchschauen kann und welches auch Sonnenstrahlen durchlässt. Nur wir lebten plötzlich hinter einer fast fünf Meter hohen Mauer aus grauem Beton, gelbem Beton und grauem Glas. Dieses verhindert, dass unser Nachbar (Haus Nr. 3a) aus irgendeinem seiner Fenster etwas anderes sieht als diese Wand, die bis zu seiner Dachrinne reicht.

Wer diese Entscheidung getroffen hatte und warum – eine Antwort darauf wurde uns verweigert. Nur dass dieses Glas einen deutlichen Nachtrag zur Folge habe, fand Erwähnung.

Wir fühlten uns ohnmächtig. Eine Klage? Für uns undenkbar, aus vielen Gründen – einer davon: Geld.

Dann im Jahr 2022 die Nachricht, dass der Petitionsausschuss des Landtages im Landratsamt Saalfeld eine Sprechstunde durchführt. Ich erbat telefonisch einen Termin und hatte plötzlich wieder Hoffnung. Ich war vor der Zeit da. Vor mir eine weitere Bürgerin. Ich wartete bis weit nach

dem vergebenen Zeitpunkt, bis ich hereingebeten wurde. In der kurzen Pause, die entstand, als die Bürgerin den Raum verließ, ging auch der Abgeordnete der LINKEN. Einzig sein Namens-Reiterchen auf dem Tisch erinnerte an ihn. Mir blieb nur der Abgeordnete Frosch neben mehreren Personen, die offensichtlich Mitarbeiter der Landtagsverwaltung waren, um mein Anliegen vorzutragen.

Es vergingen Monate, in denen kein Mensch Nachfragen an mich hatte, niemand wollte sich vor Ort ein Bild machen, auch kein/e Abgeordnete/r der LINKEN. Ich machte mir Sorgen, ob die Tatsache, dass einzig der AfD-Abgeordnete Frosch im Petitionsausschuss mein Anliegen aus einem direkten Gespräch kannte, sich wohl negativ auf den Ausgang auswirken würde.

Inzwischen durfte das Thüringer Landesamt Bau und Verkehr eine Stellungnahme abgeben. Und diese fand sich dann in der Antwort des Petitionsausschusses wieder.

Eine Baufirma bestand auf einer Mindestabnahmemenge von 80 m² für satiniertes Glas. Nun habe ich noch nie gehört oder erlebt, dass in einer Wirtschaftsordnung, in der Angebot und Nachfrage regeln, was hergestellt wird, wie viel davon und zu welchem Preis, eine Firma eine derartige Bedingung stellt. Abgesehen davon hat sich das TLBV offensichtlich nicht die Frage gestellt, ob es diese Bedingung akzeptieren will. Man hätte ganz auf derartiges Glas verzichten können oder die Scheiben des betreffenden Abschnitts mittels einer Folie undurchsichtig machen können. Nichts dergleichen geschah. Ja – nicht einmal eine Information an die betroffenen Hausbesitzer gab es. Keine Frage nach deren Einverständnis. Auch wenn es deutlich mehr kostet – wir machen das jetzt so. Basta. Dass ihr jetzt nichts mehr seht – egal.

Und genau dieser Argumentation folgte der Petitionsausschuss.

„Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass sich ein Anspruch auf eine bestimmte materialseitige Ausführung der LSW (hier Klarglas) aus dem

Planfeststellungsbeschluss nicht ableiten lässt.“

So. Glas ist Glas, auch wenn man nichts dadurch sieht. Klares Glas gab es nur für die, welche weiter weg wohnen. Im Übrigen sollten wir dankbar sein, schließlich habe man uns (gegen unseren Willen) vor der Blendwirkung von LKWs geschützt.

Außerdem habe die Gemeinde zugestimmt. Bei meiner Nachfrage im Gemeindeamt musste ich feststellen, dass weder der Gemeinderat noch der Bauausschuss in diese Entscheidung einbezogen wurde. Auch im Bauamt mochte sich niemand an ein entsprechendes Schreiben erinnern. Offensichtlich habe der Bürgermeister diese Genehmigung erteilt. Auch er hat die Betroffenen weder informiert noch gefragt.

Im Nachgang zu meiner Petition gab es ein Gespräch mit mehreren Vertretern des Thüringer Landesamtes Bau und Verkehr. Da wurde ich gefragt, was ich denn mit meiner Petition erreichen wollte. (Offensichtlich genervt von der Stellungnahme, die man meinetwegen hatte abgeben müssen.) Ob ich ernsthaft geglaubt habe, dass die Scheiben der Lärmschutzwand ausgewechselt werden würden? Ja. Genau das hatte ich geglaubt. Dass der Petitionsausschuss der Willkür des Thüringer Landesamtes Bau und Verkehr eine Grenze setzt und die Interessen der in ihren Rechten verletzten Anwohner schützt und ihnen beisteht. Genau das hatte ich geglaubt.

Und jetzt kommt die Vorsitzende des Petitionsausschusses nach Uhlstädt. Ausgerechnet! Um den Menschen etwas von direkter Demokratie zu erzählen!

Ich werde bestimmt nicht hingehen. Ich müsste den Menschen, deren größte Sorge gerade die Planungen zum Neubau der B88 durch oder neben Uhlstädt sind, erzählen, was dem Thüringer Landesamt Bau und Verkehr ihre Sorgen so wert sind und dass der Petitionsausschuss ihnen nicht helfen wird. Dass das alles nur Wahlkampf-Sprüche sind.

Christine Präbler

Stellungnahme

zum Artikel von Frau Präbler



Die Verärgerung von Frau Präbler ist nachvollziehbar. Die Baumaßnahme B 88 Ortsumgehung Zeutsch stellte eine extreme Belastung für die Anwohner dar. Ohne Frage ist Frau Präbler aufgrund der Lage ihres Grundstückes in besonderer Weise von Baulärm, Erschütterungen und sonstigen Unannehmlichkeiten betroffen gewesen. Nun wurde der obere Abschnitt der Lärmschutzwand auch noch in satiniertem Glas ausgeführt und nicht in Klarglas, wie es der Wunsch von Frau Präbler war. Die Gründe hierfür hat Frau Präbler zutreffend wiedergegeben.

Dem Petitionsausschuss lag die Stellungnahme des Infrastrukturministeriums (TMIL) vor. Daraus geht hervor, dass die drei direkt betroffenen Nachbarn unterschiedliche Wünsche geäußert haben, wie die Lärmschutzwand ausgeführt werden soll. Frau Präbler wollte Klarglas, die anderen Nachbarn satiniertes Glas oder gar nur Beton. Da Einheitlichkeit angestrebt wurde und es bauseitig eine Mindestbestellmenge für satiniertes Glas gab, wurde die Planung unter Zustimmung der Gemeinde angepasst und satiniertes Glas verbaut.

Der Petitionsausschuss prüft bei jeder Petition mit Hilfe der Landesregierung, ob im jeweiligen Fall ein fehlerhaftes Handeln oder Unterlassen von staatlichen Stellen vorliegt, spricht, ob alle Gesetze und Vorschriften eingehalten wurden. Der vorliegende Fall ergab, dass sich zum Leidwesen von Frau Präbler kein

Anspruch auf eine bestimmte materialeitige Ausführung der Lärmschutzwand aus dem Planfeststellungsbeschluss zur Baumaßnahme ableiten lässt. Der Petitionsausschuss hat letztlich keinen rechtlichen Hebel gesehen, dem Anliegen abzuweichen. Gleichwohl gab es vielfache Bemühungen seitens des Landesamts für Bau und Verkehr (TLBV) um offene Kommunikation und Einbeziehung der Wünsche der Anwohner. Leider konnten diese im vorliegenden Fall nicht zur Zufriedenheit aller Beteiligten erfüllt werden.

Der Petitionsausschuss behandelt viele hundert Petitionen im Jahr. Alle werden eingehend geprüft. In einigen liegt tatsächlich ein Behördenfehler vor und der Fehler wird korrigiert. In vielen Fällen kann bereits dadurch Abhilfe geschaffen werden, indem Vermittlungen zwischen Petent und Behörde stattfinden und Auskünfte zur Sach- und Rechtslage gegeben werden. Und, ja, es gibt auch Fälle, in denen keine Abhilfe möglich ist. Die generalisierende Aussage aber, dass der Petitionsausschuss nicht helfen wird, muss ich entschieden zurückweisen. Ich lade jede und jeden ein, sich bei Fragen zum Thema Petition oder bei konkreten Anliegen direkt an mich oder unser Bürgerbüro der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag zu wenden.

Anja Müller

Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Kommentar

von Christine Präbler

1. Wenn der Planer gewollt hätte, dass wir nichts mehr sehen, so hätte er in diesem Bereich auch gleich Beton vorgesehen.

2. Eine „bauseitige Mindestabnahmemenge“ ist die wohlfeile Umschreibung dafür, dass man sich dem Streben

nach maximalem Profit der betreffenden Firma gebeugt hat.

Die Verglasung besteht aus 20 einzelnen Elementen, die jedes für sich hergestellt wurden. Es gibt keine objektive Begründung dafür, für alle das gleiche Glas verwenden zu müssen.

Philosophisches Frühstück – am Abend serviert

Vom Verzichten, Entsagen und Maßhalten beim Stoffwechseln

Das „Philosophische Frühstück“ in der Stadtbibliothek ist in Rudolstadt und darüber hinaus zu einem Begriff für eine erfolgreiche sonntagvormittägliche Veranstaltungsreihe geworden, bei der philosophische Fragen und Themen in Bezug zu jeweils aktuellen Problemen in Politik und Gesellschaft verhandelt werden. In diesem Jahr hatte sich etwas geändert – der Markenname wurde beibehalten, serviert wurde jedoch am Abend.

Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen mit dem Institut für Philosophie und Kulturgeschichte (ipk) Bad Berka und der Stadtbibliothek Rudolstadt. Für den kulinarischen Teil sorgt der Weltladen Rudolstadt.

Die beiden letzten Veranstaltungen passten dazu genau: Sie standen ganz im Zeichen von der Notwendigkeit und den Gefahren des Konsums für das Individuum sowie seinen sozialen und ökologischen Dimensionen. Es ist eine Banalität, dass Menschen wie alle Lebewesen konsumieren müssen. Der Stoffwechsel mit der Natur ist eine Grundvoraussetzung unseres Daseins. Aber dieser Stoffwechsel hat heute ein Ausmaß erreicht, das unsere zukünftige Existenz als natürliche Wesen in Frage stellen könnte. Ist weniger, ganz im Sinne von Sokrates, vielleicht doch mehr? Welchen Gewinn kann ein Maßhalten, ein Verzichten, ein Los- oder Weglassen für ein gutes Leben bringen? Welche Chancen kann ein Entsagen haben, von dem bereits Goethe in seinem

„Wilhelm Meister“ spricht? Und wieso ist der Wunsch nach Mehr so verbreitet? Oder mit Harald Welzer gefragt: Wie kommt das Wachstum in unsere Seele?

Eine Episode

Die Fülle des von Philosophie- und Kulturhistoriker Dr. Frithjof Reinhardt dargebotenen Gedankenreichtums sowohl unserer Vorfahren als auch von Zeitgenossen zum Thema regte zum Politisieren und Diskutieren an – derweil kam mir unwillkürlich der bevorstehende Weihnachtskaufrausch auf Konsum konditionierter Mitmenschen in den Sinn und ich erinnerte mich an eine Episode aus meinem eigenen Leben.

Der Liedermacher Stephan Krawczyk wurde 1988 in der DDR verhaftet, nach dem Westen abgeschoben und unfreiwillig mit Fluch und Segen der kapitalistischen Warenproduktion konfrontiert. Aufgrund eines Fotos, welches wir nach der „Wende“ in Rudolstadt von unserer Tochter in einem Studio mit schmalziger Kulisse machen ließen, keimte im Künstler kurzzeitig der Verdacht, dass sein Bruder und dessen Familie den Verlockungen der Konsumgesellschaft nicht widerstehen könnten. Er ließ mir sein Lieder- und Textbüchlein „Wieder stehen“ mit der Widmung „Seite 48, Gruß von Stephan“ zukommen. Die Seite 48 hatte einen Text ohne Überschrift und die erste Zeile war von Heinrich Heine.

Im düsteren Auge keine Träne
wir stehen im Kaufhaus und fletschen die Zähne
oh, Beutel, du müsstest viel größer noch sein,
die dreifache Menge, die müßte hinein
wir kaufen, wir kaufen.

Ein Fluch der Schlange, in die wir uns stellen
in Winterskälten und Hitzewellen
wir rücken eins vor, wenn der Vordermann sacht
unter der Last seines Beutels zusammenkracht,
wir kaufen, wir kaufen

Ein Fluch der Kassiererin, der lahmen Ente
die täglich uns martert bis zu ihrer Rente
die einkaufen kann noch nach Ladenschluß
man gebe ihr endlich den Gnadenschuss
wir kaufen, wir kaufen

Die Schlange kriecht, die Kasse kracht
Wir kaufen emsig, Tag und Nacht
Oh, Beutel, du müsstest viel größer noch sein
die dreifache Menge, die müßte hinein
wir kaufen, wir kaufen.

Es ist geplant, die Veranstaltungsreihe „Philosophisches Frühstück – am Abend serviert“ mit einem neuen Schwerpunkt in diesem Jahr in Rudolstadt fortzusetzen.

**Hubert Krawczyk
Rudolstadt**

Seite 48,
Gruß von
Stephan

Dunkler Bambushof: Licht aus im Bundestag

Innenansichten der Arbeit einer Bundestagsfraktion, die zurzeit nicht existiert und wie Linko die historische Schuld der LINKEN aufzeigt

Wilhelmstraße 68a, Berlin. Innenhof in der Bundestagsliegenschaft Jakob-Kaiser-Haus: hier steht eine Betontreppe, die ins Nichts führt, und große vertikale Stangen, die an Bambus erinnern, räkeln sich senkrecht Richtung Himmel, als wollten sie über den sechsgeschossigen Zweckbau hinaus in die Freiheit blicken. Das nennt sich Kunst am Bau, alle Innenhöfe der Bundestagsliegenschaften sind individuell künstlerisch gestaltet. Die Öffentlichkeit sieht das freilich nicht. Aber wer hier arbeitet, hat sich schon häufiger gefragt, was die Künstlerinnen uns hier mitteilen wollen. Ein anderer Innenhof ist von einer seichten Wasserfläche bedeckt und Figuranten stehen horizontal auf den Außenwänden des Gebäudes, Gesicht nach unten oder oben. Kunst liegt ja im Auge der Betrachter, ist aber mitunter sehr interpretationschwanger.

Die Linksfraktion jedenfalls „bewohnt“ diesen Teil des Bundestages mit dem Bambus-Innenhof seit über einem Jahrzehnt, in den unteren drei Etagen der Häuser Sieben und Acht sind die meisten Abgeordnetenbüros der LINKEN und vor allem die Referentinnen, Referenten, Presseleute, die Fraktionsdruckerei, ITler, Öffentlichkeitsmitarbeitende, Fraktionsgeschäftsführung und Kontaktstellen untergebracht. Blickt man quer über den Hof, sieht man die Kolleginnen und Kollegen im gegenüberliegenden Gebäudeteil.

In den Wintermonaten, gerade in Sitzungswochen, wenn es abends manchmal sehr viel länger geht, ist der Bam-

bushof mit der Treppe ins Nichts vom künstlichen Bürolicht erleuchtet. Unter diesem Licht wurden tausende Anträge und Gesetzentwürfe mehrerer Bundesregierungen und Mehrheitskoalitionen akribisch auseinandergenommen, wurden Anträge bestimmter Oppositioneller mit Stirnrünzeln und Kopfschütteln bewertet, wurden Konzepte erarbeitet, Programm gemacht, soziale Lösungen gesucht, Parlamentarismus mit Idealismus gemischt – nicht immer klug, aber meistens doch mit der Absicht, irgendwo ein Saatkorn zu hinterlassen, das irgendwann mal irgendwo aufgeht.

Der Mindestlohn ist eines der sehr prominenten Saatkörner. Aber auch, dass während der Preiseskapaden fürs Heizen die Mehrwertsteuersenkung doch auch für Fernwärme kam, wurde im Schein eines dieser künstlichen Lichter eingefädelt. Denn Regierende vergessen hier und da schonmal eine ganze Bevölkerungsschicht bei Entlastungen, so auch in diesem Fall. Aber dafür haben sie ja eine Opposition im Haus, die sie konstruktiv auf den Mangel hinweist.

Dass davon draußen niemand etwas mitbekommt, keine Presse etwas über den praktischen Wert dieser Oppositionsarbeit berichtet, liegt in der Natur der Sache. Denn das geschieht nicht lautstark am Rednerpult, sondern nichtöffentlich im Ausschuss und in Einzelgesprächen, interfraktionell. Am Ende ist es einfach wichtiger, dass zigtausenden Menschen die Mehrwertsteuer auf Fernwärme doch abgesenkt wird, als dafür Aufmerk-

samkeit einzufordern. Dafür sind wir gewählt, das machen wir mit Leidenschaft, das ist eben Oppositionsarbeit, unser Job. Wir beantworten hunderte Zuschriften aus dem ganzen Land, geben Ratschläge an hilfeschuchende Bürgerinnen und Bürger, lassen uns immer häufiger beleidigen, diskutieren mit Verbänden, suchen Expertinnen und Experten, recherchieren, diskutieren, organisieren, zerpfücken Gesetze, schreiben Anträge, Artikel, Stellungnahmen.

Inzwischen ist es im Bambus-Innenhof dunkel geworden. Die Büros im gegenüberliegenden Gebäudeteil sind leer. Die Fraktion ist nicht mehr. Das Intranet der Fraktion ist am Nikolaustag abgeschaltet worden, Zugriff auf Jahre politischer Arbeit nicht mehr möglich. Über 100 Mitarbeitenden wurde gekündigt.

Der Betriebsrat der Fraktion und die Geschäftsführung wickeln derzeit noch diverse Arbeitsverhältnisse ab. Viele Ehemalige haben bereits neue Stellen, viele orientieren sich noch, einige warten, dass die verbliebenen LINKEN-Abgeordneten als parlamentarische Gruppe anerkannt werden.

Der Brain-Drain, also der Verlust von Fachkenntnissen durch den Weggang der Referent:innen ist irreparabel, ob Gruppe oder nicht.

Derweil muss sich jedes der Abgeordnetenbüros selbst mit elementaren Informationen versorgen, wie zum Beispiel aktuelle Tagesordnungen des Plenums (die sich ausgerechnet in dieser Legislaturperiode während der laufenden Sitzungswochen so oft ändern wie nie zuvor) und um die Belange der Abgeordneten kümmern, denn es gibt sie ja nicht mehr – die fleißigen Kolleginnen, die alles für alle koordinieren. Hinzu kommt, dass jedes Büro nun allein inhaltlich alles verstehen muss, was im Fachbereich des Abgeordneten an Gesetzesänderungen und Anträgen hereinschneit. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Der Mehraufwand in jedem Büro ist sowohl organisatorisch als auch inhaltlich über Nacht so absurd gestiegen, dass es nun eher um Verwaltung von Informationsmangel als politische Arbeit geht.

Der neue Mitarbeiter

Wie eine unaufgeregte und konstruktive Oppositionsarbeit selbst nirgendwo Bekanntheit erlangt, erlangen sie auch die Heldinnen intensiver Arbeit nicht, wenn sie, anstatt vorn in jedes Mikrofon zu beißen, hinten das tun, was getan werden muss. Da hat sich eine Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt (die man übrigens trotz ihrer DB-Netzkarte der 1. Klasse immer in der 2. Klasse findet) zusätzlich zu ihrer eigentlichen Arbeit das Projekt gegeben, die Koordination zu übernehmen, die verbliebenen LINKEN-Büros mit Tagesordnungen zu versorgen, auf dem Laufenden zu halten. Inoffiziell. Denn keine Institution heißt auch, keine Legitimation. Und sie macht es trotzdem. Ein schlichter E-Mail-Account mit dem Namen „Linko“ versorgt uns alle derzeit mit dem wesentlichen Organisatorischen und erspart so 20 Büros gleichzeitig Arbeit – Zeit, die wir gut in Inhalte investieren können.

Von dieser Extraarbeit eines einzelnen Büros bekommt fast niemand was mit. Dafür gibt es nichts extra, dafür gibt es keine Reputation, kein Mikrofon zum Reinbeißen, keine Öffentlichkeit. Und weil das so ist, lernt man bei der LINKEN im Bundestag derzeit, da der Innenhof abends dunkel ist, wo es uns gar nicht zu geben scheint, etwas sehr Wichtiges:

Weil hier verdammt noch mal nicht alle mit derselben Leidenschaft für die Gruppe, für das Team, für die Arbeit, für die Gesellschaft, mit Herz und Solidarität für unsere Sache dabei sind wie dieser anonyme E-Mail-Account, dem es nicht um Sichtbarkeit oder Profilierung geht, weil politische Arbeit dort produktiv und relevant wird, wo sie nicht einem Ego dient, sondern der Sache selbst und weil zu viele von uns genau das verlernt haben, deshalb trägt DIE LINKE eine historische Mitschuld an den gesellschaftlichen Zuständen. Es ist keine Charakterschwäche, sondern historisches Versagen, im Kampf um eine bessere Welt die Eigenprofilierung vor das Team zu stellen. Danke, Linko, dass du zeigst, dass es auch anders geht.

Termine

Mi 24. Jan 2024

18.30 Uhr
BO-Mitglieder-Treffen
Stadt Saalfeld

Sa 03. Feb 2024

9.30 Uhr • Rudolstadt Markt 8, AWO
GMV Stadtverband Rudolstadt

Di 06. Feb 2024

16.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Büro Bad Blankenburg
Sprechstunde für Interessierte

Do 08. Feb 2024

15.00 Uhr • Weltladen Saalfeld
Treff am Donnerstag

Sa 17. Feb 2024

Rudolstadt
Infostand der „Omas gegen Rechts“

Mi 21. Feb 2024

18.00 Uhr • Büro Bad Blankenburg
Linker Treff hybrid

Mi 28. Feb 2024

18.30 Uhr
BO-Mitglieder-Treffen
Stadt Saalfeld

Fr 01. März 2024

00.00 Uhr
meteorologischer Frühlingsanfang

Di 05. März 2024

16.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Büro Bad Blankenburg
Sprechstunde für Interessierte

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags

werden im Internet per Livestream
übertragen, u.a. auf der Seite
unserer Landtagsfraktion
www.die-linke-thl.de

Mi 31. Jan 2024 • 14.00 - 21.00 Uhr
Do 01. Feb 2024 • 09.00 - 20.00 Uhr
Fr 02. Feb 2024 • 09.00 - 20.00 Uhr

Öffnungszeiten

Büro Bad Blankenburg
im I. Quartal 2024
jeweils am 1. Dienstag des
Monats von 16 bis 19 Uhr

6. Februar

5. März

2. April

DIE LINKE.

Bad Blankenburg

Kirchplatz 1
07422 Bad Blankenburg

Jugend- und Wahlkreisbüro "Haskala"
Katharina König-Preuss (MdL)
Saalstraße 38 • 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 • Fax: 03671 - 515490

www.haskala.de
info@haskala.de



Mo 14 -18
Di 10 -15
Do 13 -18
Fr 10 -15



Treff am Donnerstag

Gut besucht war der erste Donnerstags-Treff im neuen Jahr. Es wurde auch ausführlich diskutiert. Erster Punkt waren die Aktivitäten der „Omas gegen Rechts“, die in Rudolstadt ihren ersten Infostand planen und auf Unterstützung hoffen. Dann ging es nahtlos weiter mit den Aktivitäten rechter Gruppierungen und der wissenschaftlichen Studie zu Rechtsextremismus im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, über die die OTZ am 11. Januar, also am Tag des Donnerstags-Treffs, berichtet hatte.

Weiter ging es mit der Diskussion über das Wie weiter – oder auch über das Wie nicht weiter der LINKEN – das mit der Gründung der BSW-Partei verbunden ist.

Der zweite Treff in diesem Jahr wird, wie bereits angekündigt, am 8. Februar stattfinden, der folgende am 14. März.

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im [solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

nächste Treffs:

Do 8. Februar

und danach
Do 14. März
jeweils ab 15 Uhr
Weltladen Saalfeld

Zitat des Monats

**Wir müssen es schaffen,
Regionalität zu einem
leitenden Grundsatz
unserer Lebensmittel-
produktion zu machen.**

Obst und Gemüse,
Kulturfrüchte, Ackerbau
und Viehwirtschaft, aber
auch Gartenbauprodukte
müssen regional und
orientiert an den

Bedarfen der Menschen
vor Ort hergestellt werden.

Bodo Ramelow
Tagebuch 10.01.2024

public domain



21. Januar 1924 Wladimir Iljitsch Uljanow – Lenin

- 22.04.1870** in Simbirsk an der Wolga, heute Uljanowsk, geboren
- 20.05.1887** Sein Bruder Alexander Uljanow wird 21-jährig wegen eines geplanten Attentats auf den Zaren in Schlüsselburg hingerichtet. Lenin (so sein Kampfname ab Dezember 1900) schließt sich den marxistischen Sozialdemokraten an und widmet sich der Untergrundarbeit für eine kommunistische Revolution in Russland. Mehrmals muss er ins Exil emigrieren, die meiste Zeit in die Schweiz.
- 1903** gründet er eine eigene Fraktion in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die Bolschewiki, die spätere Kommunistische Partei Russlands.
- 08.03.1917** Februarrevolution. Der Zar dankt ab. Die Duma (das Parlament) und die Arbeiter- und Soldatenräte regieren nebeneinander (zwei konkurrierende Machtzentren).
- 07.11.1917** Oktoberrevolution. Die Bolschewiki erkämpfen unter Lenins Führung die Macht.

Es folgten das Dekret über den Frieden, die Verteilung des Bodens an die Bauern und die Übernahme der Fabriken durch die Arbeiter. Die Partei etablierte unter Lenins Vorsitz den Rat der Volkskommissare als bolschewistische Regierung. Im Februar 1918 entstanden zu ihrer Unterstützung die Rote Armee unter der Führung von Leo Trotzki und die Tscheka unter Felix Dserschinski.

Es folgt ein blutiger Bürgerkrieg.

- 30.08.1918** Attentat auf Lenin. Zwei Projektile treffen ihn. Von den Folgen erholt er sich nicht mehr.
- 1922** Sieg der Bolschewiki
- 30.12.1922** Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
- 21.01.1924** in Gorki in der Nähe Moskaus, heute Gorki Leninskije, verstorben

Zahlreiche Schriften, u.a. Was tun?, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. Zahlreiche Denkmäler, Filme, Gedichte, Literatur.

Das erste Lenin-Denkmal der DDR wurde 1951 in unserem Landkreis aufgestellt, in Königsee. Es steht heute als Dauerleihgabe im Deutschen Historischen Museum in Berlin.